

PRESSEMITTEILUNG #280 - 18.12.2024

Martin Habersaat:

163, 558, über 600 – Wie viele Lehrerstellen wirklich gestrichen werden

Klar ist eins: Im Haushalt 2025 werden Lehrerstellen gestrichen. Aber wie viele? Von 163 gestrichenen Stellen spricht die Bildungsministerin im Dezember 2024. 558 gestrichene Stellen räumte die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Oktober 2024 ein. Von über 600 gestrichenen Stellen berichten die Kieler Nachrichten. Alles stimmt. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ordnet die Zahlen ein:

„Wenn ich einen Freund zum Frühstück einlade und vier Brötchen kaufe, sind das zwei für jeden. Wenn ich vier Freunde einlade und sechs Brötchen kaufe, sind es anderthalb. Mehr Brötchen, aber weniger für jeden. Bei den Lehrkräften erleben wir gerade ähnliche Rechenspiele, weil die Bildungsministerin die gestiegenen Schülerzahlen in ihren Erzählungen weitgehend unberücksichtigt lässt. 340 Stellen mehr wären nötig. In zwei Sätzen: Die Schülerzahlen steigen, die Zahl der Stellen sinkt, die Lage an den Schulen wird schlechter. Die Günther-Regierung macht die Klassen größer, senkt die Zahl der zu unterrichtenden Stunden, streicht Bildungsangebote und nimmt den Schulen die Möglichkeiten zur Sicherung des Unterrichtsangebots.

Scheibchenweise ist das ganze Ausmaß der Einsparungen im Schulbereich ans Licht gekommen. Das geht schon ans Eingemachte und die Behauptung der Regierung, die Bildung würde nicht geschwächt, ist eine politische Nebelkerze. ‚Nur‘ 163 Stellen werden gestrichen, wenn die Mehrbedarfe durch steigende Schülerzahlen gegengerechnet werden. Gemessen am heutigen Niveau stehen im nächsten Schuljahr 558 Stellen weniger zur Verfügung, über 600 dann im Schuljahr darauf: 200 Stellen streicht die Landesregierung nach eigener Aussage bei der Unterrichtsversorgung. Dazu muss man wissen: Mit jeder Reduzierung der Unterrichtsversorgung steigt die Wahrscheinlichkeit von Unterrichtsausfällen. Denn die rechnerische Unterrichtsversorgung gibt an, zu wie viel Prozent der landesweite Stellenbedarf der Schulen durch Stellen im Haushalt gedeckt ist. Das bedeutet nicht, dass auch alle diese Stellen besetzt werden können. Auch eine unbesetzte oder mit einer ausfallenden Lehrkraft (Elternzeit, Sabbatjahr, Erkrankung, etc.) besetzte Stelle tragen zur Unterrichtsversorgung bei. Wenn nun die rechnerische Unterrichtsversorgung auf 100 Prozent abgesenkt wird, wird der Unterrichtsausfall steigen. Zuletzt konnten bereits rund 12 Prozent der Stunden nicht planmäßig erteilt werden. Und längst ist mehr als jede zehnte eingestellte Lehrkraft gar keine voll ausgebildete Lehrkraft.

180 Stellen streicht die Landesregierung nach eigener Aussage in der Sekundarstufe I. Im Klartext: In Klasse 5-10 werden weniger Stunden gegeben, vor allem an den Gemeinschaftsschulen, wo es um 115 Stellen geht. Das wird den besonderen Aufgaben der Gemeinschaftsschulen nicht gerecht und widerspricht dem Konsens, den es hierzu in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein gab. 88 Stellen entfallen, weil die Bildungsministerin größere Kurse in der Oberstufe anordnet. Hier werden durch die Reform der Oberstufenreform in den kommenden Jahren weitere Stellen entfallen - unter anderem im

Fach WiPo, weil WiPo nicht mehr belegt werden muss. 50 Stellen streicht die Landesregierung nach eigener Aussage bei Ausgleichsstunden für besondere Aufgaben. 40 Stellen werden an den Beruflichen Schulen gestrichen - pro Schuljahr, bis ein Minus von 200 Stellen erreicht ist. Ein Konzept hinter diesen Streichungen liegt noch nicht vor, es scheint um eine Streichung der Berufsfachschule 1 zu gehen. Zusammen mit den weiteren Kürzungen in der Oberstufe kommt dann eine Zahl von mehr als 600 heraus...

Ich kann nicht nachvollziehen, dass eine Bildungsministerin auf der einen Seite Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund für das sich ständig verschlechternde Abschneiden Schleswig-Holsteins bei Bildungsvergleichen verantwortlich macht, dann aber die DaZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache) ohne verbessertes Konzept vergrößert. Das hat schon zum laufenden Schuljahr stattgefunden, zum nächsten Schuljahr werden den Beruflichen Schulen hier noch einmal 20 Stellen gestrichen. Die Günther-Regierung befindet sich bildungspolitisch auf einem, Irrweg, unter dem Schülerinnen und Schüler ebenso zu leiden haben wie die verbleibenden Lehrkräfte. Kein Wunder, dass die Unzufriedenheit im ganzen Land steigt und damit auch die Zahl der Petitionen gegen diese Bildungspolitik."

Kleine Anfrage 20/2536

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/02500/drucksache-20-02536.pdf>